

Die Schweiz als Vorbild

Davos: „Die Superreichen und ihre Macht“, FR-Politik vom 20. Januar

Es geht um die sozialen Medien, repräsentiert durch die Herren Musk und Zuckerberg. Unser Rechtssystem läuft bei „sozialen“ Medien wie „X“ ins Leere. Warum erlauben wir so was? In allen OECD-Staaten gehört es zum Standard, dass für die Eröffnung eines Bankkontos eine Identifikation der Geschwistellenden benötigt wird, damit eine unverwechselbare Rechtsbeziehung entstehen kann und im Notfall auch Klagen (z.B. wegen Geldwäsche) möglich werden. Der gleiche Identifikationsstandard muss auch für „X“ etc. gelten. Wir kommen gegen „X“ nur an, wenn wir klare Regeln aufstellen.

Jemand darf nur noch dann etwas in den „sozialen“ Medien veröffentlichen, wenn diese Person sich unter richtigem Namen, Vornamen und Nennung des gesetzlichen Wohnorts äußert und so an seinem Wohnort gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden kann. Das gelte auch für juristische Personen.

Wenn jemand nicht in einem Rechtsstaat wohnt, darf er sich nicht mehr auf „X“ etc. äußern. Das zuständige Gericht am Wohnort des Beklagten muss auf erstes Verlangen von den Plattformen innerhalb eines Tages elektronisch die Personalien erhalten. Es braucht ein OECD-Land wie die Schweiz als Vorbild, das sich mittlerweile bereit erklärte, dies ins Strafgesetzbuch aufzunehmen und bei Rechtsverstößen als Spezialdelikt zu bestrafen.

Rainer Prosik, Hattenhofen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20250127 Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg diskutiert im Rahmen eines Abends der „HiN-Cineasten“ nach der Vorführung eines Überraschungsfilms über die Darstellung von Journalismus im Film.
Freitag, 17. Januar, 19.30 Uhr Lutherkirche Martin-Luther-Platz 1 Frankfurt

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 23.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen.
Freitag, 24. Januar, 19 Uhr Kulturzentrum „Rotunde“ Am Kulturgleis 3-5, Bochum

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen.
Donnerstag, 30.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Wieso auf einmal?

Alkohol: „Jeder Schluck schadet“, FR-Panorama vom 24. Januar

Jetzt auf einmal gibt es Studien, die belegen sollen, dass jeder Schluck Wein, Bier oder Schnaps gesundheitlich schädlich ist. Wieso gibt es diese Studien aktuell nach so langer Zeit, wo man der Meinung war, dass ein Glas Wein oder Bier zum Essen nicht schadet? Es kommt mir vor, als wäre das ein neuer Trend: Leben ohne Alkohol. Ich finde nach wie vor, dass z.B. ein gutes Glas Wein oder Bier zum Essen oder einfach nur in Gesellschaft ein Stück Lebensqualität ist. Macht man ja nicht täglich. Wann kommt denn die Studie, die zeigt, dass die Freigabe von Cannabis doch ein Fehler war?

Helmut Paulmichel, Freigericht

Musk zeigt den Pegel an

Zu: „Der Gruss der Nazis“, FR-Feuilleton vom 23. Januar

Sie verkennen die Lage! Elon Musk zeigt den US-Wählern nur an, wie hoch die politische Scheiße in Washington seit dem 20.1.25 gestiegen ist!

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Die Steigbügelhalter stehen parat

Brandmauer: „Union kalkuliert mit AfD“, FR-Politik v. 25.1., u. „Merz auf Abwegen“, FR-Meinung v. 27.1.

Schäbig und niederträchtig

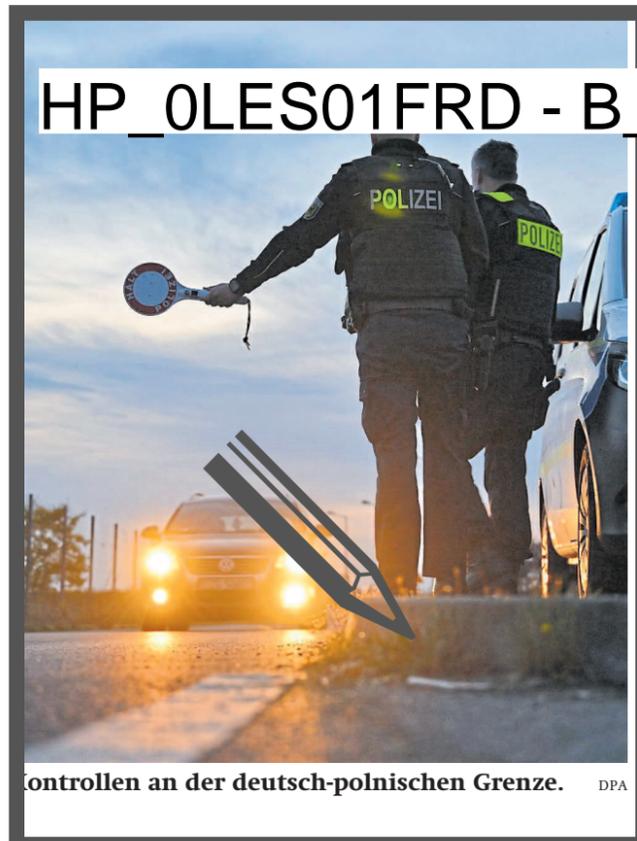
Der Messerangriff Tagen in Aschaffenburg kommt der CDU wie gerufen. Seit den 1980er Jahren versucht die CDU, das Asylrecht zu kapfen. Im November 1989 schaltete die CDU-Hessen in der FAZ eine große Anzeige: „Asylrecht: Missbrauch stoppen“. 1993 gelang es ihr mit Hilfe der Sozialdemokraten: Der Artikel 16 des Grundgesetzes wurde im Wesentlichen abgeschafft.

Der CDU geht es aber nicht um Aufklärung des schlimmen Vorfalles in Aschaffenburg. Sie missbraucht die tödliche Messerattacke schamlos zur Verschärfung der Migrationspolitik oder zur Abschaffung des Asylrechts. Dazu wird sie gar nicht mit der AfD zusammenarbeiten müssen. Sie wird auf die volle Zustimmung der AfD stoßen. Dieses Gebaren der CDU, eine kriminelle Tat so zu instrumentalisieren, ist einfach schäbig und niederträchtig. Die „Brandmauer“ zwischen CDU und AfD ist schon lange mehr als brüchig. Peter Friedl, Darmstadt

Die Union kalkuliert mit der AfD

Friedrich Merz wird, um die Macht zu erreichen oder um sie zu behalten, wenn es später einmal notwendig würde, auch einen Pakt mit dem Teufel (hier: AfD) schließen. Kein Problem – bei der nachfolgenden Beichte wird ihm bestimmt Absolution erteilt werden. Eine höhere Macht, in diesem Fall seine Anhängerschaft, wird schon dafür sorgen. Sein treuer Knappe, der Herr Rhein aus Hessen, wird ihm gerne folgen, unabhängig davon, ob die von Merz vorgeschlagene Lösung überhaupt den Gesetzen der BRD und der EU gerecht wird. Man muss es halt glauben.

So wie es aussieht, ist Herrn Merzens Sprache sehr hastig und oft unüberlegt. Kein Vergleich mit der hanseatischen Noblesse von Olaf Scholz. Im Grunde genommen muss man sich davor fürchten, dass der „Alte



Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze. DPA

Fritz“, seinem preußischen Vorvorgänger werden darf. Das wissen Merz, Söder, Spahn, Wagenknecht, Weidel nur zu gut. Aber sie tun aus Gründen des Populismus, als könne man das umsetzen. Diese Herrschaften verbreiten lieber Populismus im Wissen, dass sie nach erfolgter Bundestagswahl wieder am Anfang stehen und zugeben müssen, dass es nicht geht.

Populismus braucht immer Sündenböcke

Es ist mal wieder so weit! Rechte, Grundsätze, Ideale von Humanität wirft man schnell in den Papierkorb, wenn es gilt, Stammtischen zu folgen. In dieses Horn blasen all jene, die finden, jetzt sei es an der Zeit, Herta Kante zu zeigen. Trump ermutigt, Victor Orbán lächelt, Österreich lässt grüßen. Dabei wissen alle, auch die ganz rechten, dass das so gar nicht geht, rechtlich, vom Menschlichen, von Humanität ganz zu schweigen. Nicht nur unsere Gesetze, die unserer EU, die Rechtsprechung auf nationaler und EU-Ebene lassen das nicht zu, auch die Tatsache, dass eine Abschiebung nur dann erfolgreich sein kann, wenn einerseits der Staat, in den es gehen soll, aufnahmebereit ist, und andererseits dieser nicht zu den Statuten gehört,

in die gar nicht abgeschoben werden darf. Das wissen Merz, Söder, Spahn, Wagenknecht, Weidel nur zu gut. Aber sie tun aus Gründen des Populismus, als könne man das umsetzen. Diese Herrschaften verbreiten lieber Populismus im Wissen, dass sie nach erfolgter Bundestagswahl wieder am Anfang stehen und zugeben müssen, dass es nicht geht. Wir sind gespannt, wer dann zum Schuldigen gemacht wird. Zum Glück haben wir eine Brandmauer um unser Verfassungsgericht gelegt.

Karl Stengler, Norderstedt

Die AfD wird der CDU den Gefallen gern tun

Es ist Wahlkampf. Die Töne werden schärfer, und die Merz-CDU will das Wahlergebnis verbessern. Als künftiger Kanzler will er egal mit wem – also auch mit der AfD – abschieben und keinen mehr reinlassen ohne gültige Papiere. Damit ist die „Brandmauer“ gefallen. Dazu muss man keine große Kalkulation anstellen. Die AfD wird der CDU den Gefallen gerne tun.

T. Bartsch-Hauschild, Hamburg

Debatte: frblog.de/brandmauer2

CDU mangelt es an politischer Bildung

Atomausschuss: „Unsinniges Gremium“, FR-Politik vom 18. Januar

Der Beurteilung des Atomausschusses als „unsinniges Gremium“ ist zuzustimmen. Er diene CDU/CSU, FDP und AfD zu wahlkampf-taktischen Zwecken, um eine Rückkehr zur Atomtechnologie zwecks angeblich günstiger Stromproduktion zu propagieren. Erinnert sei daran, dass Kanzler Scholz (SPD) im Herbst 2022 von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht hat, um den Atomausstieg der Bundesrepublik endgültig zu besiegeln. Der von CDU/CSU, FDP, AfD erhobene Vorwurf, die Entscheidung von SPD und Grünen für den Atomausstieg in einer Energiekrise sei „ideologisch“ und „politisch“ motiviert gewesen, zeugt von fehlender politischer Bildung. Politi-

sche Entscheidungen können nicht neutral sein. Niesmann begründet dies damit, dass nur Risikoabwägung, Interessensausgleich und Untersuchung von Alternativen eine Rolle spielen. Er unterschlägt die ethische Dimension. Interessieren liegen grundsätzlich ethische Werte zugrunde. Der von Rot-Grün 2002 beschlossene Atomausstieg basierte auf einer Abwägung der Werte Sicherheit der Bevölkerung und Umweltschutz gegenüber den Werten Energiesicherheit und Mehrwert der Atomlobby. Die neoliberale, rückwärtsgewandte Merz-CDU und die gleichermaßen ausgerichtete Klientelpartei FDP wollen nicht anerkennen, dass die von SPD und

Grünen vorangetriebene Energiewende keinerlei Versorgungsengpässe hervorgerufen hat. Das ist typisch für den Wahlkampf von CDU, CSU und FDP. Das im SPD-Wahlprogramm geforderte einkommensabhängige Klimageld zur Entlastung mittlerer und unterer Einkommensklassen hat nichts an Aktualität verloren. Die SPD kann sich auf das Differenzprinzip aus John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“ berufen: Finanzielle Ungleichbehandlung sozialer Gruppen ist nur dann legitim, wenn sie zur Besserstellung der sozial am wenigsten Begünstigten dient. Ein einkommensabhängiges Klimageld würde diesem Prinzip gerecht werden. Marcel Remme, Tübingen

Initiative wird erstickt

Bürokratie: „Mindset muss sich ändern“, FR-Wirtschaft vom 22.1.

Ohne Zweifel haben Heizungsgesetz, Energieeffizienzrichtlinie und das Kohlendioxidkostenaufteilungs-gesetz (CO₂KostAufG) unglaublich viel mehr Bürokratie erzeugt. Als Selbständiger habe ich für mein Alter in zwei Immobilien investiert und vermietet diese. Ehedem erledigte ich Abrechnung und Verwaltung leicht selber nebenbei. Nun wurden diese verkompliziert, und es werden monatliche (!) Berichte an meine Mieter verlangt, dass ich es nicht mehr verstehe und die Sache teuer an Fachfirmen vergeben muss.

Auch für meinen kleinen Familienbetrieb werden jetzt „Verfahrensdokumentationen“ (Personal, Rechnungslegung, Lieferketten, Genderpolicy) verlangt, die früher nicht nötig waren, völlig aberwitzig, man kommt kaum noch zur eigentlichen Arbeit. Ein breites Thema zum Mutmachen für jedes Existenzgründungsseminar.

Offenbar hat unsere Obrigkeit George Orwell genau gelesen, leider nur als Anleitung für den großen Bruder: Verlogen oder weltfremd? Nein: Verlogen und planmäßig! Egal, das Ergebnis ist gleich: wirtschaftliches Handeln erstickt. Gunnar Tietze, Kiel

Radikal und inhuman

Aschaffenburg: „Als wäre es mein Kind“, FR-Tagesthema vom 24.1.

In Deutschland wird gespart, besser gesagt, das Geld landet in den Händen der Wenigen, die es nicht brauchen oder gar dafür ausgeben, Gesellschaften weiter zu spalten und Menschen zu radikalisieren. Es wird gespart an der Hilfe für Menschen auf der Flucht, an der therapeutischen Hilfe für psychisch Kranke und Traumatisierte, an der Entwicklung des Vertrauens für die Allerkleinsten und Allerschutzbedürftigsten, indem ihre Eltern mit radikalen Mitteln auf den Arbeitsmarkt gelockt werden, es wird gespart an der Bildung, in der Sozialarbeit, es wird gespart zu Ungunsten von Humanität, Solidarität und ethischem und sozialen Grundverständnis.

Die Folgen sind: Mangelndes Einfühlungsvermögen, mangelndes Selbstvertrauen, Bedürftigkeit und Missgunst. Eine Gesellschaft radikalisiert sich zur Inhumanität. Die aufkeimenden Pflänzchen zwischenmenschlicher Kreativität, die dabei nicht mitmachen wollen, werden ins Abseits gestellt oder radikal bekämpft. Hauptsache, die Schornsteine rauchen. Und wenn dann wieder was Schreckliches passiert wie jetzt in Aschaffenburg, über-treffen sich die Mitverursacher dieses Leids in gegenseitigen Schuldzuweisungen und noch mehr radikalisierten Forderungen nach Unmenschlichkeit, die uns weiter spalten sollen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/schoental